



Alter Heeresweg 32 – 53639 Königswinter – 0171-3836135 – info@siebengebirgsregion.de

An die
Stadt Königswinter
53637 Königswinter

An die
Bezirksregierung Köln
50667 Köln

„Rahmenplanung Stieldorf, Oelinghoven, Vinxel“ der Stadt Königswinter – Entwurf
Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Unter Bezugnahme auf den Rahmenplan und die Informationsveranstaltungen der
Stadt Königswinter vom 1.4. und 28.5.08 übersenden wir Ihnen hiermit folgende
Stellungnahme:

1. Wie bei den Informationsveranstaltungen deutlich wurde, lehnt die überwiegende
Mehrheit der ortsansässigen Bevölkerung die dort vorgestellte Rahmenplanung ab.
Der Verein Lebenswerte Siebengebirgsregion teilt u.a. die folgenden Argumente und
konkreten Bedenken der Bevölkerung:

- Die bisherigen Bebauungspläne für das o.g. Gebiet haben sich in den letzten
Jahren als durchaus ausreichend erwiesen, um den Bedarf an Neubauten zu
decken. Im Kirchspiel Stieldorf steht bereits jetzt eine große Zahl
bebauungsreifer Grundstücke zur Verfügung, außerdem gibt es viele zum
Verkauf stehende Häuser und Grundstücke, z.T. durch den Wegzug älterer
Menschen in stadtnähere Wohnungen und Senioreneinrichtungen. Es ist zu
befürchten, dass durch die überdimensionierte Ausweitung der Bebauung
nicht dem angeblichen Bedarf junger Familien nach mehr Wohnraum im
Grünen Rechnung getragen wird, sondern eher den Spekulationsinteressen
finanzstarker Investoren.
Die Einwohner der drei Ortschaften lehnen ein allmähliches
Zusammenwachsen zu einem „Siedlungsbrei“ ab. Der bisherige dörfliche
Charakter und das gute mitmenschliche Zusammenleben in den drei Orten
sollen erhalten bleiben.
- Mit der geplanten umfangreichen Bebauung verstärkt die Stadt Königswinter
ein bereits jetzt bestehendes Problem, das sich gut anhand der
Neubaugelände in Thomasberg und Heisterbacherrott verdeutlichen lässt: Die
angesiedelten Neubürger müssen fast ausschließlich Arbeitsplätze erreichen,
die in den Zentren, d.h. Bonn, Köln, evtl. noch Siegburg liegen. Aufgrund der
hinreichend bekannten Situation des ÖPNV wird die ausufernde Ansiedlung

von immer mehr Menschen im Bergbereich zu einer weiteren Zunahme des Autoverkehrs führen – eine Situation, die dann wie z.B. in Oberdollendorf zu unzumutbaren Belastungen der Bevölkerung im Talbereich führt und die alten Rufe nach der Südtangente, neuen Umgehungsstraßen etc. wieder laut werden lässt. Für neue Straßen ist bekanntermaßen kein Geld vorhanden. Auch die Prognosen der Planungsgesellschaft, dass künftig weiterhin insbesondere junge Familien ins Grüne ziehen, sind angesichts steigender Benzinpreise und fehlender Investitionen in den ÖPNV und die Infrastruktur äußerst unrealistisch und widersprechen den sich abzeichnenden, öffentlich diskutierten städtebaulichen Entwicklungstendenzen.

2. Ferner möchte der VLSR folgende grundsätzlichen Einwände gegen die Rahmenplanung geltend machen:

- Auf Bundes- und Länderebene wurde beschlossen, den Flächenverbrauch für Wohnungsbau, Gewerbe und Infrastruktur von derzeit mehr als 100 ha/Tag auf 30 ha zu senken. Dabei soll Maßnahmen zum Umbau der Städte gegenüber Planungen „auf der grünen Wiese“ der Vorrang gegeben werden. Dieses Bekenntnis, die Natur auch für künftige Generationen zu erhalten, muss sich auch in konkreten Maßnahmen niederschlagen. Die Regionalplanung in NRW allgemein muss, ebenso wie die Bebauungsplanung vor Ort konkret, diesen Beschlüssen angepasst werden. Im Fall der vorliegenden Rahmenplanung wird dieser Beschlusslage nicht Rechnung getragen – im Gegenteil, die projektierte Baufläche geht sogar noch über die Vorgaben des geltenden Gebietsentwicklungsplans hinaus.
- Erfordernisse des Umwelt- und Naturschutzes sind in der gegenwärtigen Rahmenplanung ebenfalls unzureichend berücksichtigt. Die Stadt Königswinter kann sich nicht einerseits durch die Schaffung eines Nationalparks Siebengebirge für den stärkeren Schutz der Natur einsetzen und andererseits im Umfeld durch die Schaffung neuer Baugebiete, den dafür erforderlichen Bau von Straßen etc. den Natur- und Landschaftsschutz ad absurdum führen. So ist beispielsweise die Bebauung in der unmittelbaren Umgebung der Quellgebiete des Dissenbachs auch aus Gründen des Gewässerschutzes abzulehnen. In Vinxel sind zudem Gebiete für die Bebauung vorgesehen, die derzeit als EU-Ausgleichsflächen ausgewiesen sind. Bei deren Wegfall müssten solche Flächen neu festgelegt werden. Auch sollte in Zeiten weltweiter Nahrungsmittelknappheit der Erhalt landwirtschaftlich genutzter Flächen Priorität haben und solche Flächen nicht leichtfertig einer weiteren Versiegelung und Bebauung geopfert werden.

Wir fordern die Stadt Königswinter auf, die vorgestellte Rahmenplanung nicht weiter zu betreiben, sondern unter Berücksichtigung obiger Argumente für ein zeitgemäßes Bebauungsmanagement zu sorgen.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Maier, Vereinsvorsitzender